



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

GEFÖRDERT VOM

Radikalisierende **Räume**

Radikalisierung und Raum – Schlussfolgerungen für Förderung von Prävention

Policy Paper des Projekts „Radikalisierende Räume“

Yann Rees, Sebastian Kurtenbach & Andreas Zick

Juni 2024



FH MÜNSTER
University of Applied Sciences



Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung



UNIVERSITÄT
BIELEFELD

Das Projekt „Radikalisierende Räume“

Zwischen Oktober 2020 und September 2024 läuft das vom BMBF geförderte Verbundprojekt „Radikalisierende Räume“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und am Fachbereich Sozialwesen der FH Münster. Die Kernfrage des Projekts ist: Können räumliche Bedingungen eine neo-salafistische Radikalisierung begünstigen? Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Beobachtungen wird ein Praxisinstrument zur gemeinwesenorientierten Sozialen Arbeit entwickelt. Dieses kann sowohl der Prävention neo-salafistischer Radikalisierung als auch der Intervention im Falle einer lokal aktiven salafistischen Szene dienen. Insgesamt werden drei benachteiligten Stadtteile in Deutschland untersucht. In den Stadtteilen wurden sowohl ethnografische Studien als auch quantitative Umfragen durchgeführt. Die Projektergebnisse sind auf der Website <https://radikalisierende-raeume.de/> kostenlos abrufbar. Dort finden sich auch thematische Podcasts und Working Paper, eine Videodokumentation und weitere Publikationen, die im Projekt entstanden sind.

The project „Radicalization and Space“

The project " Radicalization and Space " funded by the BMBF is running from October 2020 to September 2024 at the Institute for Interdisciplinary Conflict and Violence Research at the University of Bielefeld and the Department of Social Work at FH Münster. The project's main question is: can spatial conditions foster (neo-salafist) radicalization? On the basis of scientific observations, a practical tool for community-oriented social work is being developed. This tool addresses both the prevention of neo-salafist radicalization and intervention in the event of a locally active Salafist scene. All in all, three disadvantaged neighborhoods in Germany are being examined. In these neighborhoods, ethnographic work as well as interviews were conducted. Project results, including thematic podcasts, working papers, a video documentation, and other publications, are available for free on the website <https://radikalisierende-raeume.de/en/home/>.

Zusammenfassung

Die Radikalisierung in den Extremismus ist ein vielschichtiger Prozess, der von unterschiedlichen Aspekten beeinflusst wird. Ein relevanter Einflussfaktor auf Radikalisierung wird jedoch trotz seiner wissenschaftlichen Relevanz bislang nicht systematisch in Analysen, Praxis- und Politikstrategien einbezogen: der Sozialraum. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt Projekt „Radikalisierende Räume“ mit dem Raum und seiner Rolle für die Anfälligkeit für Radikalisierung. Dazu wurden vier Jahre lang drei Stadtteile genauer untersucht, in denen islamistische Radikalisierung in der Vergangenheit relativ häufig auftrat. Die Ergebnisse zeigen: Es ist kein Zufall, wo und unter welchen sozialräumlichen Bedingungen sich Menschen radikalieren. Das bedeutet für die Prävention, Intervention und Politik, dass der Raum und die damit einhergehenden Benachteiligungen explizit adressiert werden müssen. Ferner sind die existierenden Potenziale zu nutzen und Ressourcen vor Ort systematisch zu bündeln, um sie in präventive Maßnahmen einzubeziehen. Die Vernetzung und der Austausch zwischen lokalen Akteuren der Prävention, der sozialen Dienste und der staatlichen Behörden sind dabei unerlässlich. Zudem können die räumlich bedingten Auswirkungen sozialer Benachteiligung in Form von Armut, Segregation und geringeren Chancen auch als radikalisierungsfördernde Facetten besser bestimmt und vorausschauend bearbeitet werden. Eine zielgerichtete Sozialpolitik auf breiter und kleinräumiger Ebene ist notwendig und wirkt präventiv.

1. Das Projekt „Radikalisierende Räume“

Das Projekt „Radikalisierende Räume“ ist eine Kooperation zwischen dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick und dem Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster unter der Leitung von Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach. Die Projektlaufzeit beträgt 48 Monate von Oktober 2020 bis September 2024. Das zentrale Erkenntnisinteresse des Forschungsprojektes „Radikalisierende Räume“ liegt in der empirischen Beantwortung der Frage, inwiefern der Raum, also das Wohnumfeld (z.B. Quartiere), die *Anfälligkeit für Radikalisierung* beeinflusst. Der Fokus liegt dabei vor allem auf religiös begründetem Extremismus; genauer auf islamistischem Extremismus. Dazu wurden mehrere Teilstudien durchgeführt, die quantitative und qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung miteinander kombinierten. Für das Projekt wurde ein Beirat ins Leben gerufen, der sich aus Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis zusammensetzt. Die Projektergebnisse sind auf der Website www.radikalisierende-raeume.de zusammengestellt.

2. Forschungskontext und offene Fragen

Wenn Fälle von Islamismus und islamistischer Radikalisierung erscheinen, dann taucht in der medialen und politischen Debatte oft der Begriff „Brennpunkt“ auf, um zu beschreiben, *in welchen Räumen sich Menschen radikalisiert haben*, in welchen Räumen rekrutiert wird oder wo Anschläge passieren. Darunter werden meistens bestimmte Stadtteile verstanden, in denen häufiger Radikalisierungsprozesse beobachtet werden und die von der Etablierung radikaler Gruppen betroffen sind.

Und tatsächlich, wird allein die Zahl der Ausreisen in die von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) kontrollierten Gebiete sowie die Zahl der mit dem IS sympathisierenden und in Verbindung stehenden Personen herangezogen, fallen immer wieder bestimmte Stadtteile auf. Hier sind z.B. Berlin-Neukölln oder Bonn-Neu-Tannenbusch zu nennen. Daraus abgeleitet liegt die Frage nahe, wodurch sich solche Stadtteile hinsichtlich ihrer sozioökonomischen und räumlichen Charakteristika auszeichnen und inwiefern der Sozialraum als Einflussfaktor auf Radikalisierungsprozesse vor Ort in Erscheinung treten kann.

Dies steht im Zentrum des Projekts „Radikalisierende Räume“. Dabei greift das Projekt Erkenntnisse der empirischen Sozialforschung auf, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in unterschiedlichen Kontexten mit dem Sozialraum als benachteiligendem Einflussfaktor auf

soziale, ökonomische, kriminologische und gesundheitliche Aspekte im Alltag von Quartiersbewohner:innen befasst hat. Das in diesem Zusammenhang etablierte Konzept der „Nachbarschafts-“ bzw. „Kontexteffekte“ (Neighborhood Effects) wurde auch in Deutschland in zahlreichen groß angelegten empirischen Studien als ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Lebenswirklichkeit der Bewohner:innen benachteiligter Stadtteile identifiziert.¹

Neben einem wissenschaftlich-konzeptionellen Forschungsinteresse beschäftigt sich das Projekt auch mit praxis- und politikrelevanten Fragen im Kontext von Radikalisierung und Raum. So wurde explizit ein Fokus auf die Rolle der Sozialen Arbeit und Präventionsmaßnahmen vor Ort gelegt. Dort wurde systematisch untersucht, welche Bedarfe und mögliche Optimierungspotenziale für Akteure der Sozialen Arbeit und Prävention bestehen und welche Ableitungen für (politisch) Verantwortliche auf Basis des erhobenen Datenmaterials zu treffen sind. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass Präventionskonzepte und -maßnahmen im Kontext von Radikalisierung den Sozialraum als relevanten Einflussfaktor häufig vernachlässigen. Mit diesen Kerninhalten werden durch das Projekt „Radikalisierende Räume“ zum einen Lücken in der empirischen Forschung zu Sozialräumen und Radikalisierungsprozessen aufgegriffen. Zum anderen werden blinde Flecken in der Prävention und Sozialarbeit sowie damit verbundene Verbesserungspotenziale aufgezeigt.

3. Daten und Methoden

Im Rahmen des Projektes wurde eine Vielzahl von Untersuchungen durchgeführt, um eine belastbare und aussagekräftige Datenbasis zur Beantwortung der Forschungsfragen zu schaffen. Erstens umfassen die erhobenen Daten vier standardisierte und bevölkerungsrepräsentative quantitative *Befragungen* in den drei deutschen Großstädten Dortmund (2.075 Befragte), Bonn (2.006 Befragte) und Berlin (2.089 Befragte) sowie eine bundesweite Befragung (2.029). In den drei Städten standen dabei die Dortmunder Nordstadt, Bonn-Neu-Tannenbusch und Berlin-Neukölln besonders im Fokus. Die Stadtteile charakterisieren sich durch eine sozialstrukturelle Benachteiligung und das Vorhandensein von islamistischen Gruppen. Kerninhalte der Befragungen waren verschiedene etablierte Einstellungsmaße auf der Individualebene, wie z.B. Deprivation, d.h. das Gefühl, weniger zu haben als andere, Einstellungen zur Familie, zur kollektiven Effektivität und zur Akzeptanz abweichenden Verhaltens. Um die Vergleichbarkeit über alle durchgeführten Befragungsstudien hinweg zu gewährleisten, wurden jeweils identische Fragen verwendet. Zum anderen wurde für die quantitativen Befragungsdaten aus

¹ Kurtenbach, S. (2024). Soziologie der Nachbarschaft. Campus

den drei Großstädten ein Kontextdatensatz erstellt, in dem objektive sozioökonomische Daten auf Stadtteilebene zusammengefasst wurden. Dazu gehören z.B. die SGB II-Quote, der Ausländeranteil, die Bevölkerungsstruktur sowie die Anzahl sozialer Einrichtungen. Alle drei untersuchten Stadtteile zeichnen sich durch erhöhte Armutsquoten, eine hohe Diversität und einen vergleichsweise hohen Anteil an unter 18-Jährigen aus. Die Befragungsdaten wurden mit entsprechend aufwendigen statistischen Verfahren ausgewertet, die die Effekte unterschiedlicher Einflussfaktoren berücksichtigen und abschätzen können.

Zweitens wurden in einer weiteren Teilstudie quantitative *Interviews* mit Fachkräften der Sozialen Arbeit, Besucher:innen sozialer Einrichtungen sowie Bewohner:innen, die keine sozialen Einrichtungen aufsuchen, in allen drei Untersuchungsstadtteilen durchgeführt. Kerninhalte der Interviews waren Fragen zu den Themenblöcken soziale Benachteiligung (z.B. Armut und Kriminalität), ortsspezifische Normen (z.B. zu Gewalt und Radikalität) sowie Diskriminierungs- und Deprivationserfahrungen. Die so erhobenen Interviewdaten wurden anschließend mit inhaltsanalytischen Verfahren im Hinblick auf die skizzierten Forschungsfragen ausgewertet.

Drittens besteht ein weiterer Baustein aus der *ethnographischen Analyse* der drei Stadtteile, also der genauen Beobachtung des Alltags und der Begegnungen zwischen Menschen an den Orten sowie ihrer Raumnutzung. Dazu lebte ein Projektmitarbeiter jeweils ein Jahr lang in den untersuchten Stadtteilen und führte verschiedene Datenerhebungen vor allem in Form von teilnehmender Beobachtung, verschiedenen Interviewformen und audio-visuellen Aufzeichnungen sowie Fotografien durch. Zentral bei ethnographischen Methoden ist es, ein Gefühl für das soziale Leben vor Ort zu bekommen, das durch andere Formen der Datenerhebung oft nicht berücksichtigt werden kann. Die aktive Teilnahme am sozialen Leben vor Ort zielt auf ein besseres Verständnis der Bedingungen, des Geschehens und des Alltags in den untersuchten Stadtteilen. Vor diesem Hintergrund trägt das ethnographische Modul des Projekts zu einem umfassenden Bild der untersuchten Stadtteile bei.

4. Zentrale Ergebnisse

Die Befragungen zeigen, dass die *persönliche sozioökonomische Lage einen Puffereffekt* auf die Radikalisierung hat: Je höher die Zufriedenheit mit dem Einkommen, desto geringer die Anfälligkeit für Radikalisierung. Dieses Ergebnis ist wenig überraschend und unterstreicht die Bedeutung sozioökonomischer Aspekte für die Hinwendung zu radikalen Ideologien. *Armut und soziale Benachteiligung sind demnach Treiber der Radikalisierungsanfälligkeit.*

Darüber hinaus spielt die Wahrnehmung staatlicher Institutionen eine entscheidende Rolle im Kontext der Radikalisierungsanfälligkeit. So zeigt sich, dass ein stärker ausgeprägter **Rechtszynismus in Verbindung mit einem geringen Vertrauen in den Staat und seine Institutionen mit einer erhöhten Radikalisierungsanfälligkeit** einhergeht. Auf der anderen Seite können die Wahrnehmung des eigenen Stadtteils und das dort erlebte Gefühl des **sozialen Zusammenhalts wichtige Aspekte sein, um die Anfälligkeit für Radikalisierung zu verringern.**

Ein zentrales Ergebnis des Interviewmoduls ist die sowohl von Anwohner:innen als auch von Praktiker:innen und Fachkräften weitgehend geteilte Wahrnehmung, dass dem Sozialraum in der bisherigen Präventionslandschaft eine zu geringe Rolle beigemessen wird. So berichten insbesondere die Fachkräfte von einer **unzureichenden Vernetzung der verschiedenen Akteure** und Träger im Feld der Radikalisierungsprävention und von zu hohen **bürokratischen Hürden** bei trägerübergreifenden Fragestellungen in der praktischen Arbeit vor Ort. Zugleich verdeutlichen die Interviews mit den Fachkräften und Praktiker:innen die Notwendigkeit regelmäßiger **Fortbildungen zum Thema Radikalisierung**, bei denen der Stadtteil als Kontext Berücksichtigung findet. Dies wird vor allem daran deutlich, dass die Dynamik von Radikalisierungsprozessen häufig unterschätzt wird. Damit einhergehend werden immer wieder Ressourcenknappheit und finanzielle Engpässe thematisiert. Insbesondere in den lebensweltlichen Interviews mit Anwohner:innen und Besucher:innen sozialer Einrichtungen wird deutlich, dass kollektive Diskriminierungs- und Deprivationserfahrungen leicht in Frustration, Perspektivlosigkeit und damit potenziell auch in Radikalisierungsanfälligkeit umschlagen können.

Im Rahmen der ethnographischen Untersuchung vor Ort sind mehrere Aspekte als zentrale Ergebnisse zu nennen. In allen untersuchten Orten zeigt sich, dass die öffentliche Aktivität radikaler Gruppen, zunehmend auch dem legalistischen Islamismus zuzuordnende Gruppen, in den letzten Jahren zurückgegangen ist und sie kaum öffentlich sichtbar agieren. Die Agitation, zum Teil von lokalen Akteuren, hat sich in den digitalen Raum verlagert. Online-Agitation spricht dabei insbesondere Jugendliche an. Gleichzeitig setzen radikale Gruppierungen verstärkt darauf, dass Interessierte szenebekanntere Orte und Räumlichkeiten aktiv aufsuchen. Dies führt einerseits zu einer **geringeren Sichtbarkeit radikaler Gruppierungen und ihrer Aktivitäten im physischen öffentlichen Raum** und birgt andererseits das Potenzial, dass sich radikale Akteure klandestin und unbeobachtet treffen können. So ist häufig unklar, welche Inhalte in nicht-öffentlichen Kontexten, etwa in Moscheen, geteilt und verbreitet werden.

Im Zuge des *Israel-Hamas-Konflikts* seit Oktober 2023 hat das Auftreten radikaler Gruppierungen jedoch wieder stark an Dynamik gewonnen. Dies zeigt sich im physischen öffentlichen Raum vor allem durch regelmäßige Demonstrationen und Kundgebungen, öffentliche Agitation, Flyerverteilungen und zahlreiche Aufkleber. Gleichzeitig ist zu betonen, dass von Seiten der meisten Anwohner:innen vor Ort klare Abgrenzungen zu radikalen Akteur:innen vorgenommen werden. Die Mehrheit der praktizierenden Muslime bewegt sich in religiös gemäßigten Kreisen.

5. Folgerungen für Praxis und Politik

Im Rahmen des Projekts wurden auf der Grundlage der erhobenen Daten acht Empfehlungen formuliert. Diese lassen sich unterteilen in Empfehlungen für die Soziale Arbeit und Radikalisierungsprävention einerseits und Empfehlungen für die Politik andererseits.

→ Professionelle Evaluation bzw. Begleitung von Präventionsmaßnahmen als Standard etablieren

Insbesondere die Interviews mit Fachkräften, die sich mit Extremismus direkt auseinandersetzen müssen, verdeutlichen die Notwendigkeit professioneller Evaluationsprozesse, um Maßnahmen und Angebote kritisch zu begleiten und die Expertise im Kontext von Radikalisierungsprozessen zu erhöhen. Genau dafür fehlen oft die Kapazitäten (vgl. auch <https://preval-plattform.de>). Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass Radikalisierungsprozesse komplexen Dynamiken unterliegen, die sich auch sozialräumlich niederschlagen und im Raum verankern. Zudem verändern sich die Angebote radikaler Gruppierungen - sowohl vor Ort als auch digital - oft in rasantem Tempo und passen ihren Output an, um vor allem junge Menschen mit aktuellen Trends zu erreichen. Diese Dynamik im Kontext von Radikalisierungsprozessen wird von den Fachkräften angesprochen und als Herausforderung für die Fallarbeit beschrieben. (Externe) Begleitungen laufender Maßnahmen in Form von praxiswissenschaftlicher Kooperation (und/oder Supervision) sind hier sinnvolle Ergänzungen und sollten als Standard etabliert werden, um eine erfolgreiche Prävention vor Ort zu gewährleisten. Idealerweise verfügen entsprechende Kooperationspartner über Expertise hinsichtlich der generellen Bedeutung sozialräumlicher Aspekte oder auch der relevanten Besonderheiten vor Ort. Vor dem Hintergrund der Dynamik von Radikalisierungsprozessen und der sie beeinflussenden Mechanismen sind regelmäßige Fort- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte sinnvoll. Insbesondere die Dynamik des Israel-Hamas-Konflikts zeigt, dass weltpolitische Ereignisse schnell lokale Auswirkungen haben.

Fachkräfte sollten die Möglichkeit haben, stets auf dem aktuellen Stand zu sein, auch um möglichen extremistischen Erzählungen, neuen Botschaften und Vermittlungen sowie Argumenten informiert begegnen zu können. Hier gibt es zahlreiche Organisationen, die zum Teil eng mit der Wissenschaft zusammenarbeiten und somit sinnvolle Partner zur Stärkung der Fachlichkeit sein können. Gleichzeitig wird in den Fachgesprächen deutlich, dass es teilweise an einer standardisierten und regelmäßigen Evaluation der laufenden Maßnahmen mangelt. Hier besteht deutliches Verbesserungspotenzial und eine Erhöhung der Evaluationskapazitäten. Im Idealfall können Monitoring und Evaluation von Maßnahmen im Arbeitsfeld der Radikalisierungsprävention miteinander verzahnt und von derselben Institution durchgeführt werden. Wichtig ist dabei die klare Formulierung geltender Kriterien und Standards, um Transparenz zu schaffen und Anspruch und Wirklichkeit kritisch einschätzen zu können.

→ Verortung im Sozialraum klären und gemeinschaftliche Problemlagen vor Ort erkennen

Für die Radikalisierungsprävention im sozialräumlichen Kontext ist eine klare Verortung der jeweils agierenden Akteure und Träger unerlässlich. Zwar ist die Einzelfallarbeit für alle Akteure und Träger der Sozialen Arbeit in der Präventionslandschaft unersetzlich, jedoch muss der Fokus einer nachhaltigen Prävention auch auf den Raum gerichtet sein. Demnach muss auch in der Einzelfallarbeit und individuellen Hilfeleistung für Klient:innen im Stadtteil der Raum und die damit einhergehenden gemeinschaftlichen Problemlagen vor Ort mitgedacht werden.

Wir haben dazu einen Leitfaden entwickelt, der sowohl die kommunale (<https://rft.radikalisierende-raeume.de>) als auch die Stadtteilebene (<https://radikalisierende-raeume.de/stadtteile/>) berücksichtigt. Denn häufig sind es der Raum und die dort vorherrschenden strukturellen Bedingungen, die einen zentralen Beitrag zu den individuellen Problemlagen und dem daraus resultierenden Hilfebedarf leisten. Eine Verschränkung von individueller, einzelfallbezogener Hilfe und den im Raum vorherrschenden gemeinschaftlichen Problemlagen ist daher notwendig, um den sozialräumlich bedingten Einflüssen auf Radikalisierungsprozesse wirksam zu begegnen.

→ Stigmatisierung und öffentliche Diskreditierung von vermeintlichen „Hot Spots“ abstellen

Die öffentliche Diskreditierung einzelner Stadtteile als „Problemviertel“ oder ähnliches führt zu einem Gefühl der kollektiven Stigmatisierung der lokalen Bevölkerung. Gleichzeitig wird

das Gefühl bzw. die Erfahrung von nachbarschaftlichem Zusammenhalt, der sich als Schutz gegen Radikalisierungsanfälligkeit erwiesen hat, massiv eingeschränkt. In der Sozialforschung wird die stark skandalisierte öffentliche Wahrnehmung einzelner Stadtteile oder Orte häufig als territoriale Stigmatisierung bezeichnet, die weitreichende Folgen haben kann. Gefühle der Perspektiv- und Chancenlosigkeit aufgrund der Herkunft aus einem medial und öffentlich als „Problemviertel“ wahrgenommenen Stadtteil können schnell in kollektive Deprivations- und Diskriminierungsgefühle umschlagen, die für Extremist:innen als Türöffner fungieren. Zudem können lokale radikale Gruppen den Ruf eines Stadtteils, z.B. als „Islamistenhochburg“, als Ressource nutzen, um Interessierte zu gewinnen und ihre Inhalte zu verbreiten. So können sie sich als dominante Gruppe vor Ort darstellen und darüber hinaus kollektive Diskriminierungs- und Deprivationserfahrungen der Bewohner:innen vor Ort als propagandistischen Zugang nutzen, um die Bewohner:innen für ihre Sache zu interessieren. Die Stigmatisierung einzelner Stadtteile auf breiter öffentlicher und medialer Ebene stärkt somit potenziell radikale Kräfte vor Ort und führt im schlimmsten Falle zur selbsterfüllenden Prophezeiung.

➔ Gute Sozialpolitik ist gute Präventionsarbeit, auch vor Ort

Die Ergebnisse des Projekts zeigen zum Teil massive raumbezogene soziale Probleme wie Armut und damit einhergehende Kriminalität und Segregation. Gleichzeitig weisen gefährdete Räume häufig eine überdurchschnittlich junge Altersstruktur auf und sind somit für die Radikalisierungsprävention besonders relevant.

Ein zentraler Befund der Bevölkerungsbefragungen ist, dass die Anfälligkeit für Radikalisierung geringer ist, wenn die Zufriedenheit mit der eigenen sozialen Lage positiv eingeschätzt wird. Kollektive Diskriminierungs- und Deprivationsgefühle aufgrund der Herkunft fördern dagegen die Anfälligkeit für radikale Inhalte. Radikale Akteure und Gruppierungen nutzen das identitätsstiftende Merkmal der Herkunft und die damit verbundenen sozialen Probleme für propagandistische Zwecke, indem sie Angebote machen, Benachteiligungen zu verpacken und in radikal-religiöse Inhalte umzudeuten.

Gute Sozialpolitik ist immer auch gute Präventionsarbeit, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende. Viele Befragte berichten, dass sie in ihrem Stadtteil schon früh ein Gefühl der Perspektiv- und Chancenlosigkeit empfinden. Hier kann die Sozialpolitik ansetzen und insbesondere jungen Menschen Perspektiven aufzeigen. In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung von Jugendeinrichtungen für die Radikalisierungsprävention bekannt und sollte noch stärker verinnerlicht werden.

→ Vernetzung fördern, bürokratische Hürden senken und digital kommunizieren

Prävention vor Ort braucht Vernetzung. Häufig arbeiten mehrere Akteure oder Träger an den gleichen Fällen oder am gleichen Ort zu ähnlichen Themen. Dies führt zu einem Mehraufwand und ist in der Einzelfallarbeit oft nicht zielführend. Durch eine gezielte Vernetzung der Akteure/Träger vor Ort und die Etablierung eines regelmäßigen trägerübergreifenden Austausches der lokal relevanten Akteure, z.B. in Form von Runden Tischen, kann das schnell gelöst werden. Hierfür braucht es u.a. einen systematischen Abbau bürokratischer Hürden, die diesen trägerübergreifenden Austausch ermöglichen und aktiv fördern sowie die Kommunikation mit anderen Akteuren und Trägern erleichtern. Ein probates Mittel ist hier die Nutzung von Online-Kommunikation, z.B. in Form von Messenger-Diensten, sowohl in der Kommunikation über Trägergrenzen hinweg als auch in einer (zeitgemäßen) Kommunikation mit Klient:innen. Effiziente Soziale Arbeit sollte sich hier nicht durch datenschutzrechtliche Bestimmungen behindern lassen.

→ Staatliche Institutionen benötigen Vertrauen, um gut zu funktionieren

Staatliche Institutionen in segregierten und besonders radikalierungsgefährdeten Bevölkerungsgruppen leiden unter Vertrauensproblemen. Ein Grund dafür ist, dass staatliche Institutionen, wie die Polizei, in sozial benachteiligten Wohngebieten eher als Problemverursacher denn als Problemlöser wahrgenommen werden. Erfahrungen im institutionellen Kontext, z.B. bei Ämterbesuchen, Behördengängen oder mit der Polizei, werden daher häufig als belastend und in weiten Teilen auch als diskriminierend bis offen rassistisch empfunden und in den entsprechenden Fällen auch einhellig beschrieben. Hier bedarf es eines gegenseitigen Aufeinanderzugehens, um Vertrauen zu schaffen. Einerseits tragen Workshops und Schulungen für Behördenmitarbeitende in den betreffenden Stadtteilen zu einem besseren Verständnis für Klient:innen bei und sensibilisieren idealerweise für Sprache, Umgangsformen und Auftreten. Gleichzeitig können Strategien zur Erhöhung der Diversität in lokalen Behörden entwickelt werden. Andererseits sollte auch deutlich gemacht werden, dass staatliche Institutionen ein unverzichtbarer Teil der demokratischen Gesellschaft sind und dass auch Behörden Akzeptanz im Sozialraum benötigen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Denkbar sind hier z.B. gezielte Kampagnen zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses in den betroffenen Stadtteilen, die lokale Akteure und idealerweise auch Migrantenselbstorganisationen einbeziehen und extern begleitet werden.

→ **Stadtteile stärken und Zusammenhalt erfahrbar machen**

Als wirksamer Puffer gegen die Anfälligkeit für Radikalisierung hat sich das Vertrauen in die Nachbarschaft erwiesen. Dazu gehören auch die Stärkung der Stadtteile und die Förderung ihrer Potenziale. Die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil ist trotz aller vorhandenen sozialen Probleme und weitreichenden Bedarfe häufig hoch. Hier liegt das Potenzial, auch in segregierten Quartieren sozialen Zusammenhalt für alle erlebbar(er) zu machen. Verantwortungsübernahme trägt dazu bei, dieses Vertrauen in die Nachbarschaft zu fördern: Die gemeinsame Organisation von Stadtteil- oder Straßenfesten gehört ebenso dazu wie die gemeinschaftliche Beseitigung von Unordnung und Müll, z.B. in Form eines Aktionstages „Sauberer Stadtteil“ o.ä.. Oft hilft schon die Wahrnehmung, dass überhaupt „etwas getan wird“, um bestehenden Missständen entgegenzuwirken. Vertrauen und Zusammenhalt entstehen nicht von heute auf morgen, sondern bedürfen der kontinuierlichen und aktiven Mitwirkung der lokalen Gemeinschaften und sind daher als Prozess zu verstehen. Vor diesem Hintergrund ist die systematische Einbindung lokaler Akteure und Selbstorganisationen von zentraler Bedeutung. Es ist Aufgabe der Kommunen, diesen Prozess zu fördern und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

→ **Auswirkung von Agitation im Netz auf Sozialräume erkennen**

Zwar ist in den letzten Jahren ein Rückgang der öffentlich sichtbaren Präsenz radikaler Akteure und Gruppierungen vor Ort zu beobachten und ihre Aktivitäten haben sich teilweise in den digitalen Raum verlagert, dies gilt auch verstärkt für Gruppierungen aus dem legalistisch-islamistischen Kontext. Dennoch zeigt der Israel-Hamas-Konflikt, dass das Radikalisierungspotenzial in vielen betroffenen Stadtteilen nach wie vor hoch ist, und wie schnell sich die Situation dynamisieren und in den Sozialraum hineinwirken kann. Demzufolge ist die Verschränkung von Agitation im Netz und vor Ort zu beachten. Häufig werden Aktionen zunächst online verbreitet, beworben und zum Teil auch organisiert und anschließend im öffentlichen Raum durchgeführt. Mitunter verbreiten lokal relevante Personen oder „Influencer“ aus dem extremistischen Milieu mit oft großer Reichweite, insbesondere unter Jugendlichen, online islamistische Inhalte und rufen zur Teilnahme an Veranstaltungen, Demonstrationen oder Aktionen im Stadtteil auf. Vor diesem Hintergrund ist eine genaue Beobachtung der Aktivitäten in Form von Agitation und Bewerbung von Veranstaltungen vor Ort durch lokal relevante, häufig gut vernetzte „Influencer“ oder einzelne Accounts unerlässlich, um die Auswirkungen auf den Sozialraum vor Ort abschätzen und einordnen zu können.

Darüber hinaus bleiben Fachkräfte vor Ort, insbesondere aus der Jugendarbeit, so über radikale Online-Inhalte mit direktem Sozialraumbezug auf dem Laufenden.

6. Fazit und Ausblick

Nicht zuletzt im Zuge des Israel-Hamas-Konflikts hat sich auch in Deutschland erneut gezeigt, dass radikale Gruppierungen in der Lage sind, mit ihren Inhalten viele Menschen zu erreichen, zu mobilisieren und potenziell zu radikalisieren. Auch in diesem Zusammenhang sind einige Stadtteile besonders häufig im öffentlichen und medialen Diskurs aufgetaucht. Fest steht: Radikalisierung unterliegt neben vielen anderen auch sozialräumlichen Einflüssen, die sich in unterschiedlicher Weise manifestieren können. Praxis und Politik sollten den Zusammenhang von Raum und Radikalisierung stärker in den Blick nehmen. Dabei gilt es einerseits, sozialräumliche Gefährdungen ernst zu nehmen und ihnen zu begegnen, andererseits aber auch die Potenziale des Sozialraums zu nutzen, auch wenn diese nicht immer auf den ersten Blick sichtbar sind. Dabei ist es sinnvoll, die Erkenntnisse des Projekts „Radikalisierende Räume“ und anderer sozialwissenschaftlicher Arbeiten zu nutzen und systematisch in politikrelevante Überlegungen einzubeziehen. Die hier vorgelegten Ergebnisse und Empfehlungen können hierzu einen empirisch fundierten Baustein liefern.

Impressum

Yann Rees, Sebastian Kurtenbach & Andreas Zick

Radikalisierung und Raum – Schlussfolgerungen für Förderung von Prävention,
Bielefeld/Münster: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der
Universität Bielefeld/Fachbereich Sozialwesen der FH Münster, 2024

Policy Paper des Projekts „Radikalisierende Räume“

Prof. Dr. Andreas Zick
Universität Bielefeld
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und
Gewaltforschung (IKG)
Universitätsstr. 25
33615 Bielefeld

Tel: +49 521 106-3124
E-Mail: zick.ikg@uni-bielefeld.de
[https://www.uni-bielefeld.de/\(de\)/ikg/institut.html](https://www.uni-bielefeld.de/(de)/ikg/institut.html)

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach
FH Münster
- University of Applied Sciences -
Friesenring 32
48147 Münster

Tel: + 49 251 83-65745
E-Mail: kurtenbach@fh-muenster.de
www.fh-muenster.de/index.php